

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 21 37. Jg.

30. Mai 1924

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3579). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin N 24 Eissenerstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Johanns Haß, Berlin N 24. Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schenkendittelsplog, Auguststraße 9-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Arbeitsmarktanzeigen 0,40 Mk. Für Verbandsmit-
glieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Obererkenntnis. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

A U F T A K T.

Wie vereinbart, begannen die Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Tarifes für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe am 26. Mai in Berlin. Den Tarifverhandlungen ging wie üblich eine Sonderberatung der Vertragsparteien am Sonntag voraus, um nochmals zu den gestellten Anträgen Stellung zu nehmen. Die Sonderberatung der Gehilfenvertreter verlief in voller Harmonie und ergab über alle Anträge eine vollständig einheitliche Auffassung. Auch die noch mit zur Beratung stehenden organisatorischen Fragen wurden nach eingehender Aussprache befriedigend gelöst. Einstimmig wurde der vorgetragenen Ansicht zugestimmt, im Rahmen der finanziellen Kraft des Verbandes den in schwerem Kampfe stehenden Bergarbeiter materielle Solidarität zu beweisen.

Wie vorausgesehen, bildete den Anknüpfungspunkt der Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Gehilfenvertretern die Arbeitszeit. Das kam schon in der Generaldebatte zum Ausdruck, die die Tarifverhandlungen einleitete. Herr Dr. Hagelberg, der Vorsitzende des Schutzverbandes glaubte in seiner Einleitung feststellen zu müssen, daß zwar in der 6-jährigen Periode des Tarifes immer Tarifvergehen zu verzeichnen gewesen wären, daß aber diese Vergehen von den Zentralen nie gebilligt worden wären. Jetzt sei aber ein Wandel insofern eingetreten, als die Gewerkschaft gegen den Vertrag gesündigt hätte. Herr Dr. Hagelberg betrachtet es nämlich als eine Verständigung am Tarif, daß auch die Verbandsleitung der Meinung ist, daß die mit Hilfe staatlicher Machtmittel erzwungene Änderung der tariflichen Arbeitszeit ein Tarifbruch ist und deshalb den entschiedensten Widerstand leistete. Er ist der Meinung, daß auch Kann-Gesetzesbestimmungen ohne Rücksicht auf den Tarif nutzbar gemacht werden können.

In die gleiche Kerbe haften auch die andern Unternehmer. Sie wollen sich nach ihren Ansichten nicht das Recht nehmen lassen die Gesetzesbestimmungen für sich in Anspruch zu nehmen, die die Produktion fördern. Denn das Steindruckgewerbe hätte im besonderen nötig dafür zu sorgen, daß eine Steigerung der Produktion eintritt. Das Steindruckgewerbe sei ein ausgesprochenes Exportgewerbe und hätte vor dem Kriege den Weltmarkt beherrscht. Dieser Zustand müsse auch wieder herbeigeführt werden. Aber die Möglichkeit, den Weltmarkt zu beherrschen, sei für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe nur gegeben, wenn länger als acht Stunden gearbeitet würde. Und eine längere Arbeitszeit sei auch zu leisten und würde von den Gehilfen auch geleistet werden, wenn nicht eine so große Hetze gegen eine verlängerte Arbeitszeit getrieben worden wäre. Denn die Gehilfen arbeiteten gern länger und ein großer Teil von ihnen könnte überhaupt nicht verstehen, wie der Verband sich gegen eine längere Arbeitszeit wenden könne. Gefragt, warum denn die Gehilfen nicht länger arbeiten, behaupteten die Unternehmer wieder,

daß Hetze und Terror sie daran hindere. Als die Gehilfenvertreter darauf aufmerksam machten, daß doch über den gesamten Tarif abgestimmt würde und schon voriges Jahr ausschließlich wegen der Arbeitszeit der Tarif abgelehnt worden sei, meinten die Unternehmer,

Zeichnet nur auf die Listen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

In Nr. 19 der „Graphischen Presse“ forderte der Verbandsvorstand die Kollegen auf, den Bergarbeitern in ihrem schweren Kampfe mit dem Grubenkapital auch materielle Solidarität zu beweisen und auf den von den Ortsausschüssen des ADGB und des Afabundes herausgegebenen Sammellisten nach Kräften zu zeichnen. Kaum war der Aufruf der Gewerkschaftsspitzen zur Unterstützung der Bergarbeiter erschienen, kam ein Gegenaufruf der Kommunistischen Partei, nur auf den Sammellisten der KPD zu zeichnen. Gegen dieses unverantwortliche Treiben nimmt der ADGB durch folgenden Aufruf Stellung:

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Die Kommunisten wollen den Bergarbeitern die Solidarität verweigern. Sie fallen wieder den Gewerkschaften in den Rücken. In der Roten Fahne fordert der „Reichsausschuß der Gewerkschaftsopposition“ alle Arbeiter und Betriebsleute auf, die Sammellisten der Gewerkschaften zurückzuweisen. Dafür sollen die Betriebsleute eigene Listen herausgeben und in jedem Betrieb zirkulieren lassen. Das gesammelte Geld soll nicht an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, sondern an die kommunistische Zentrale eingesandt werden. Deutlicher und schärfer kann das Heißgefühl der kommunistischen Zerstörer gegen die Gewerkschaften nicht zum Ausdruck kommen als in dieser schmählichen Handlungsweise.

Voller Scham werden sich die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften von dieser sogenannten Opposition abwenden und nun erst recht ihre solidarische Pflicht gegenüber den ausgesperrten Bergarbeitern erfüllen.

Die Ortsausschüsse sind nunmehr genötigt, ihre Sammellisten als solche des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes genügend kenntlich zu machen. Jeder ehrerbietende deutsche Arbeiter wird mithelfen, zu verhindern, daß die Sympathie mit den ausgesperrten Bergarbeitern zu kommunistischen Paradedritten mißbraucht werden kann.

Zeichnet nur auf die Listen des ADGB. Anders ist die Niederlage des Grubenproletariats sicher!

daß, wenn die geheime Abstimmung richtig durchgeführt würde, würden drei Viertel der Gehilfen für längere Arbeitszeit stimmen, weil sie eben gerne länger arbeiten wollen. Diese Gehilfen sähen in der längeren Arbeitszeit durchaus und richtig keinen Kulturrückschritt. Denn die Kultur sei um so höher, je länger die Arbeitszeit sei.

Die Bedrückungen, die der Tarif für die Unternehmer gebracht habe, sei durch Ver-

weigerung der Durchführung des Schiedsspruches zu einer starken Tarifabneigung geworden. Wenn die Unternehmer überhaupt zu Verhandlungen gekommen seien, so ist es geschehen angesichts des Umstandes, daß in der jetzigen Zeit Kämpfe Mann gegen Mann in Deutschland nicht geführt werden sollten. Von den Übeln ist deshalb die Vereinbarung das Kleinere. Aber die Vereinbarung muß uns wenigstens die Sicherung bringen, daß wir mit Ruhe produzieren können. Und eine Gewähr dafür müßte von den Gehilfen gegeben werden.

Es ist natürlich mit diesen Darlegungen noch nicht alles zum Vortrag gebracht, was die Unternehmer in der Generaldebatte geredet und verlangt haben. Auch die Lohnfrage wurde berührt und eine verständige und stetige Lohnpolitik gefordert. Der bestehende Gehilfenmangel müsse durch reichlichere Einstellung von Lehrlingen behoben werden. Außerdem müsse für Überläufer im Gewerbe Platz sein. Und diese Forderungen wurden von den Unternehmern erhoben, obwohl der Untermervorsitzende kurz vorher festgestellt hatte, daß die jetzige gute berufliche Beschäftigung Scheinkonjunktur sei und in kürzester Zeit mit einem kolossalen Umschwung zu rechnen sei, denn die Kapitalkrise nehme einen Umfang an, der zu einer Befürchtung stärkster Natur alle Veranlassung gebe.

Daß die Gehilfenvertreter in ihren Erwidierungen die Argumente der Unternehmer nach Strich und Faden zersausten, versteht sich am Rande. Die Einladung an die Unternehmer, doch einmal die Versammlungen der Gehilfen zu besuchen, um sich über die wirkliche Stimmung in Gehilfenkreisen zu orientieren, lehnten sie dankend ab. Die Unternehmer wissen ja auch nur zu gut, daß sie besonders durch ihre Haltung im letzten Tarifjahr die Gehilfen aufs schwerste bedrängt haben. Und trotz aller Einwendungen von Unternehmerseite ist ihnen mit genügender Deutlichkeit gesagt worden, daß ihr Verhalten auch heute noch als gegen Treu und Glauben verstößend betrachtet wird und von den Gehilfen ein Tarifvertrag nur wieder abgeschlossen wird, wenn Garantien dafür gegeben werden, daß ein Tarifvertrag auch gehalten wird. Auch sind die Gehilfen nicht mehr bereit immer nur Opfer zu bringen. Wenn das Gewerbe gut beschäftigt ist, sollen die Gehilfen friedlich sein und wenn die Arbeit nachläßt, fliegen sie zu Hunderten aufs Pflaster. Auf keinen Fall sind die Gehilfen bereit vom Achtstundentag abzugehen. Anfallende Arbeit soll erledigt werden, aber das bedingt nicht, daß deswegen der Achtstundentag beseitigt werden muß. Über die Behauptung: je länger die Arbeitszeit desto höher die Kultur gab es eigentlich nur Spott und sehr richtig bemerkte ein Gehilfenvertreter, daß nach dieser Auffassung der höchste Kulturstand erreicht sei, wenn die Arbeitszeit täglich 24 Stunden betrage. Die immer wiederkehrende Betonung der Gehilfenansicht durch die Gehilfenvertreter, daß ein Tarif ohne den Achtstundentag keine Aussicht auf Abschluß eines Tarifes bietet, dürfte

doch nicht ganz ohne jede Beachtung geblieben sein.

Aber nicht nur die Arbeitszeit, sondern auch der Arbeitslohn wurde von den Gehilfenvertretern in der Generaldebatte ins richtige Licht gerückt und dargetan, was in dieser Beziehung in der Zeit der Geldentwertung geleistet worden ist. Und obwohl die Gehilfen in dieser Zeit für geleistete Arbeit vielfach nicht einmal so viel erhielten um das nackte Leben zu fristen, ist das Gewerbe vor schweren Erschütterungen bewahrt geblieben weil der Einwand nicht übersehen werden konnte, daß in Zeiten stabiler Geldverhältnisse ein Ausgleich stattfinden müsse. Wenn bis jetzt zum Teil der Friedenslohn erreicht sei, so sei damit doch noch nicht der Vorkriegsreallohn erreicht, weil die Preise noch immer sehr viel höher seien als vor dem Kriege. Hier müsse noch weiteres getan werden und der Leistungslohn voll zur Anerkennung kommen. Das sei auch möglich, denn die Leistungen hätten überall da, wo die betrieblichen und technischen Einrichtungen gegeben seien, den Vorkriegsstand erreicht.

Auch das Lehrlingswesen wurde von den Gehilfenvertretern in der Generaldebatte mit Fug und Recht herausgestellt. Wenn die Unternehmer darüber klagen, daß ein junger Kollege nicht so leistungsfähig sei wie notwendig und lieber einen älteren Kollegen einstellen, so komme die Schuld über diesen Zustand auf ihr Haupt. Denn die jungen Leute seien ja bei den Unternehmern zur Ausbildung gewesen. Aber gerade weil die Gehilfen einsehen, daß in der Ausbildung der Lehrlinge nicht das geleistet wird was das Gewerbe dringend erfordert, verlangen sie ein größeres Mitwirkungsrecht bei der Ausbildung der Lehrlinge. So wie es bisher gewesen sei, könne es nicht weiter gehen. Auch läge kein Anlaß vor, noch mehr Lehrlinge ins Gewerbe hereinzunehmen, denn nicht einmal die Lehrlinge, die im Gewerbe sind, könnten die Ausbildung erfahren die notwendig ist. Auch kann der Beweis geführt werden, daß die Lehrlingsstaffel noch nicht einmal ausgenützt ist. Muß aber damit gerechnet werden, daß die wirtschaftliche Depression in kürzester Zeit ihr Haupt erhebt, dann ist das Verlangen der Gehilfen nur zu berechtigt, die Lehrlingskala zu verschärfen. Auch die übrigen Positionen des Tarifes wurden in die Debatte unter Beachtung der Unternehmerträge gezogen und daraus sehr richtig gefolgert, daß das Beginnen der Unternehmer nur darauf hinauslaufe, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter auszuschalten. Daß sie von den Gehilfenvertretern hier genau solchen Widerstand zu erwarten haben wie bei der Verlängerung der Arbeitszeit, ist eindeutig zum Ausdruck gebracht worden.

Nach Schluß der Generaldebatte wurde in die Beratung der Anträge, in die sogenannte Lesung eingetreten, um die Anträge reif für die Kommissionsberatung zu machen. Über die 1. Lesung und die weiteren Verhandlungen sowie ihre Ergebnisse wird in nächster Nummer der „Graphischen Presse“ berichtet werden. Vorab galt es nur einen kleinen Situationsbericht über die Einleitung der Verhandlungen zu geben. Und uns will scheinen, daß dieser Bericht nicht ganz nebensächlich ist.

Berufshygiene.

Der Kampf gegen die im Graphischen Gewerbe durch Verwendung gewisser Säuren verursachten Vergiftungen steigert sich immer mehr. Nachdem wir kürzlich die vom Internationalen Arbeitsamt stammende interessante Studie über „die Berufsgewähr der Chemigraphen“ veröffentlicht haben, erscheint es uns im Interesse der Berufshygiene angebracht, auch einen Artikel den Kollegen zur Kenntnis zu bringen, der im „Lithographers Journal“, dem Organ unserer nordamerikanischen Kollegen erschienen ist, der mit Nachdruck einen Kampf zur Verhinderung des Gebrauchs giftiger Substanzen, die tagtäglich die Gesundheit der Berufsarbeiter gefährdet, führt:

„In unserem Gedächtnis widerhallen jetzt noch die ergreifenden Schilderungen einiger Delegier-

ten auf dem Kongreß zu Cleveland, der turchbaren Vergiftungsfolgen, die sich einzelne Kollegen durch den Gebrauch von Chromsäure zuzogen.

Es gab eine Zeit, wo man in der Zündholzfabrikation Phosphor verwendete. Trotzdem daß unzählige Zündholzarbeiter der schrecklichen Phosphornekrose (Knochenfraß der Kieferknochen) zum Opfer fielen, beharrten die Fabrikanten darauf, daß ausschließlich der gelbe Phosphor einen brauchbaren Zündstoff abgebe. Unter diesen absehbaren Bedingungen wurde bis zu dem Tage weiter gearbeitet, als endlich gesetzliche Bestimmungen die Verwendung des gelben Phosphors untersagten. Heute werden die Zündhölzchen eben so gut auch ohne diese Substanz hergestellt. Das Verbot brachte mit einem Schlag die Symptome der Phosphornekrose bei den Zündholzarbeitern zum Verschwinden. Der unwiderlegbare Beweis ist damit erbracht, daß die Sache möglich war und zwar erfolgreich.

Andererseits führt die Vergiftung mit Chromsäure unter allen Umständen zu eben so traurigen, wenn nicht noch schlimmeren Folgen als die Zersetzung der Kieferknochen. Kann man sich von den Leiden der von dieser Vergiftung ereilten Opfer eine Vorstellung machen, wenn man zusehen muß, wie das entsetzliche Gift immer mehr in das menschliche Fleisch eindringt und sich nach und nach bis auf die Knochen weiterfrisst, die Eingeweide angreift und selbst die Geschlechtsorgane befällt. Habt ihr schon jemals gesehen bis zu welchem Grade durch Chromvergiftung Hände, Arme, Gesicht und Körper zugrunde gerichtet werden, wie die Haut von Hand, Arm, Gesicht und Körper abfällt? Es sind nicht weniger als 200 eurer Kollegen, die von Chromvergiftung ereilt, deren Körper langsam abbröckelt und zerfällt. Bis heute steht die medizinische Wissenschaft dieser Erscheinung rat- und machtlos gegenüber.

Stellt euch die Mutter vor, die ihr Kind von derselben Krankheit befallen sieht, die den Körper des Vaters zerfrisst; denn solche Fälle sind festgestellt worden. Stelle dir deinen Schrecken vor, wenn man dir die Wirkungen des bereits in deinem Organismus schaffenden Giftes auf nächsten Sommer voraussagen würde! Wenn du mit Chromsäure zu arbeiten hast, so kannst du nicht wissen, ob du nicht binnen kurzem dem Chromsäuretod zum Opfer fällst!

Stellen wir fest, daß heute die Zündhölzchen ohne gelben Phosphor hergestellt und die Zinkplatten ohne Chromsäure geätzt werden können. Von da an, wie lange noch wollt ihr euch sklavisch dieses heimtückischen Elements bedienen? Machen denn die von euren Gefährten erlittenen Qualen keinen Eindruck auf euch?

Wir sind in New York entschlossen, das Lithographiegewerbe von diesem traurigen Fluch zu befreien. Wir werden diejenigen, die Chromsäure verwenden, zwingen, uns zu offenbaren, warum sie auf deren Gebrauch nicht verzichten und warum sie sich weigern, dieselbe durch ein anderes gleichwertiges Mittel zu ersetzen. Wir werden den Steindruckern, die Ersatzmittel verwenden, Gutachten abfordern, die eben so viele unabweisbare Argumente gegen den Gebrauch von Chromsäure abgeben werden. Da wo es sich erweisen wird, daß ein Ober oder Direktor oder ein Prinzipal auf der Weiterverwendung beharrt, sollen diese die schwere Hand der Gerechtigkeit zu spüren bekommen. Dort wo es sich herausstellt, daß die Mitglieder es aus eigenem Antrieb verwenden, können sie sich an der eigenen Nase nehmen.

Bereits hat der gegen die Chromsäureanwendung unternommene Kreuzzug günstige Erfolge erungen. Eines der Geschäfte, das davon am meisten gebrauchte, hat seine Abneigung gegen Ersatzmittel abgelegt und ist zu einem von uns empfohlenen Produkt übergegangen. Die Firma fand es untadelig und wird sich nur noch dieses Ersatzmittels bedienen.

Im Sinne des an unsere Mitglieder gerichteten Aufrufs, erwarten wir die Mitarbeit eines jeden, der sich für die Sache interessiert. Ein jeder gebe seine Erfahrung zum besten und teile uns die Formel seines von ihm verwendeten Präparates mit. Alles beruht auf Gegenseitigkeit. Wenn ein jeder uns sofort schreibt so können wir schon in der nächsten Nummer eine ganze Reihe bewährter Zusammensetzungen veröffentlichen.“

Diese Untersuchung ist dem Internationalen Lithographenbund so wichtig, daß er für notwendig hält, die ihm angeschlossenen Organisationen aufzufordern, ihm Belege über Vergiftungsfälle einzelner Kollegen beizubringen, um, sowohl über das Übel wie über seine Gegenmittel orientiert, das internationale Arbeitsamt damit beauftragen zu können, die Frage in einer seiner Konferenzen zu behandeln, um die Mitgliedstaaten zu veranlassen, auf dem Wege der Gesetzgebung Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Übels zu ergreifen.

Es ist sicher ein von allen Kollegen nur zu begrüßendes Beginnen des Internationalen Bundes der Lithographen, Steindruckern und verwandten Berufe, wenn er auch auf dem Gebiete der Berufshygiene sein möglichstes zu tun versucht. Allseitige Unterstützung sollte die Anerkennung dafür sein. Da die deutsche Kollegenschaft für solche Arbeit immer Verständnis gezeigt hat fordern wir alle Kollegen auf, die in der Lage sind, über die durch Verwendung von Chromsäure hervorgeru-

fenen Erkrankungen oder aber über dieses Produkt vorteilhaft ersetzende Verfahren Mitteilung zu machen, dies dem Verbandsvorstand, Berlin N 24, Elsassstraße 86-88, umgehend mitzuteilen, damit Weitergabe an den internationalen Sekretär zum Zwecke einer Aktion erfolgen kann. Die Sache ist wichtig genug um alle Kollegen der Stärkste zu interessieren.

Versammlungsberichte, die ihren Zweck verfehlen.

Nachdem die Zeit der geometrischen Geldentwertung vorüber zu sein scheint und damit die Last der ununterbrochenen Lohnverhandlungen von dem Verband genommen ist, ist auch zugleich die Möglichkeit geschaffen worden, in Mitgliederversammlungen wieder zu anderen Fragen als nur zur Lohnfrage Stellung zu nehmen. Die Folge davon wird ein reges geistiges Leben in den Mitgliedschaften sein, das danach drängt, auch der übrigen Kollegenschaft wissen zu lassen, welche Fragen man behandelt hat, um die andern Mitgliedschaften ebenfalls zur Stellungnahme anzuregen. Versammlungsberichte zur Veröffentlichung im Verbandsorgan werden natürlicherweise der Mittler sein.

Daß das Verbandsorgan diese Aufgabe gern erfüllt, bedarf keiner Betonung. Sie ist ja ein Teil seines Aufgabengebietes. Aber das Verbandsorgan hat auch noch andere Pflichten zu erfüllen. Um den Berichterstattern gerecht werden zu können sei kurz gesagt, worauf es bei einem Versammlungsbericht ankommt: Schreibe einen Versammlungsbericht möglichst schon am Tage nach der Versammlung, lasse ihn sofort vom Mitgliedschaftsvorsitzenden abstemple und gib ihn schnellstens zur Post. Versammlungsberichte, die erst 14 Tage nach stattfinden der Versammlung geschrieben werden, haben zumeist ihren Zweck verfehlt.

Der Versammlungsbericht soll ein knappes und wahres Spiegelbild der Versammlungsvorgänge sein. Eine Abschrift aus dem Protokollbuch als Versammlungsbericht einzusenden, ist ein deplaziertes Beginnen. Denn Zweck der Versammlungsberichte ist, andere Mitgliedschaften von den Beschlüssen, Vorgängen, Stimmungen und Ansichten der Kollegen über Verbandsangelegenheiten und andere das Arbeiterinteresse bewegende Fragen zu unterrichten. Stimmung hat aber im Protokollbuch nichts zu suchen. Ein Versammlungsbericht soll aber neben den Beschlüssen und deren Begründung auch die Stimmung wiedergeben, von der die Versammlung beherrscht war. Dann wird ein Versammlungsbericht auch andere Mitgliedschaften zur Stellungnahme anregen, auch ohne daß eine besondere Aufforderung dazu ergeht. Die Folge davon ist selbst bei sachlich kritischer Stellungnahme Zusammenarbeit, die eine dem Verbands- und Arbeiterinteressen förderliche gewerkschaftliche Tätigkeit entfalten hilft. So den Zweck der Versammlungen und der Berichterstattung über sie im Verbandsorgan aufgefaßt, stellen sie den Boden dar, auf dem sich ein vorwärtsdrängendes Verbandsleben abspielen kann. Aus diesem Grunde gehören alle Mitglieder in die Versammlung. Wer nicht dafür gelten will, meintungslos zu sein, oder durch fruchtlose Kritik am unrechten Platze die Allgemeininteressen zu schädigen, der gehört in die Versammlung.

Berichtet deshalb schnell, kurz und sachlich. Berichte, die zu spät eingehen oder nicht allgemein interessierende Dinge enthalten, haben ihren Zweck verfehlt. Versammlungsberichte, die ihren Zweck verfehlen, sollten bei uns ein Ding der Unmöglichkeit sein.

Zum Brief aus Amerika.

Das Verhalten der deutschen Kollegen, besonders der nach Amerika ausgewanderten, ist nach Berichten derart, daß es an der Zeit ist, dagegen Front zu machen und den Kollegen zu zeigen, welche Stimmungen dadurch ausgelöst werden. Die vielfach anzutreffende Annahme, daß die Kollegen besonders in Nordamerika eine bessere Aufnahme finden, wenn sie auf unsern Verband schimpfen, ist vollständig irrig. Wer sein ehemaliges Nest beschmutzt, findet auch im Auslande nicht den Anklang den er erhofft. Um die Kollegen von der Richtigkeit dieser Ansicht zu überzeugen seien einige Auszüge aus Briefen wiedergegeben, die an unsere Adresse ergangen sind.

So schreibt Kollege W. unter anderem: „Es ist daher kein Wunder, wenn viele deutsche Kollegen versuchen, im Auslande Stellung zu bekommen. Verschlechtern kann sich selbst im schlimmsten Falle niemand. Hier sind auch einige deutsche Kollegen aufgetaucht. Die meisten behaupten allerdings den Fehler, daß sie nicht, wie man es eigentlich bei einem organisierten Kollegen für selbstverständlich hält, Erkundigungen beim hiesigen Verbandsbureau einholen oder mindestens, bevor sie die Stellung antreten, zuerst das hiesige Verbandsbureau aufsuchen. Nein, sie handeln auf eigene Faust. Der Sprache nicht mächtig und keine Ahnung über die hiesigen Lohnverhältnisse, lohnen sich die armen Schlucker zu irgend einem Bohn an. In den meisten Fällen sind diese Kollegen schon in Deutschland angeworben worden

und werden bei ihrer Landung gleich von Agenten der Arbeitgeber in Empfang genommen. Lange dauert es gewöhnlich nicht, dann haben sie herausgefunden, daß sie gehörig übers Ohr gehauen worden sind. Dann natürlich finden sie auch den Weg zum Verbandsbureau, wo sie ihr Leid klagen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit die deutschen Kollegen warnen, sich in Deutschland engagieren zu lassen. Denn unser Verband wird mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen diese „Kontraktarbeiter“ vorgehen und sich auf die sehr strengen amerikanischen Einwanderungsgesetze berufen.

Schon seit längerer Zeit ist man zweien der höchsten Unternehmer auf der Spur und wenn sich die Beweiskette schließt, werden nicht nur diese modernen Sklavenhändler ihren Lohn bekommen, sondern was das Traurige dabei sein wird, verschuldene dieser armen Opfer werden wahrscheinlich deportiert werden. Das Berufen auf den „Onkel aus Amerika“, der das Reisegeld vorgestreckt hat, nützt dann gar nichts.

Also: In jedem Falle erst Erkundigungen einziehen, wie es unser Statut vorschreibt, damit die auswandernden deutschen Kollegen durch niedrige Löhne ihren Kollegen im Auslande nicht in den Rücken fallen und dadurch die Lohnverhältnisse im Auslande verschlechtern helfen.

Ein anderer Kollege schreibt: „Nun möchte ich Ihre Aufmerksamkeit noch auf einen Punkt lenken, der hauptsächlich uns Deutschen hier sehr unangenehm auffällt. In den letzten Monaten, bis die deutsche Einwanderungsquote erfüllt war, sind eine ganze Menge deutsche Kollegen auf amerikanischen Boden gelandet, die die enorme Arbeitslosigkeit, welche gegenwärtig in manchen Berufen herrscht, noch vergrößern. Fast keinen einzigen fällt es ein, an dem einzig richtigen Ort, unserem Hauptverbandsquartier Erkundigungen einzuziehen, so daß wir annehmen müssen, daß diese Leute ohne Wissen des deutschen Verbandes herübergekommen sind, oder durch Agenten drüben angeworben worden sind. Meistens tauchen sie, wenn sie überhaupt das Glück haben, Arbeit zu bekommen, in einer Bude auf, auf welcher noch die Streikperre lastet. Sie werden also unbewußt zu Streikbrechern und bringen dadurch die gesamte deutsche Kollegenschaft in Mißkredit zu einer Zeit, wo letztere an das Solidaritätsgefühl der internationalen Arbeiterschaft appelliert. Wenn es Ihnen möglich ist, bitte warnen Sie die auswandernden Kollegen, vielleicht geschieht das am besten durch eine Notiz in der „Graphischen Presse“.“

Ebenfalls aus Chicago schreibt ein anderer Kollege:

„Die hier eingetroffenen deutschen Kollegen sind nach allerlei bösen Erfahrungen in dem vermeintlichen Schlaraffenland natürlich begierig, sich unserem Verband anzuschließen. Das braucht aber seine Zeit, da jeder einzelne Fall auf das genaueste untersucht wird. Außerdem ist hier gegenwärtig das Geschäft ziemlich flau. Wir haben hier in Chicago 40 Arbeitslose im Verband, das sind 7 Prozent und diese werden natürlich bevorzugt, sobald eine Stellung offen ist.“

Dieses Bild wird noch unangenehm ergänzt durch einen Brief eines Kollegen aus New-York, dem wir folgendes entnehmen:

„Im letzten Jahre sind eine Anzahl deutscher Kollegen herüber gekommen, die unserem Verbande in ihrer großen Mehrzahl ablehnend gegenüberstehen. Ich will mich nicht schroffer ausdrücken, trotzdem es notwendig wäre. Meistenteils schimpfen sie auf den deutschen Verband, die „Graphische Presse“ usw. und ich habe von diesen Leuten nichts für die deutsche Sache herausholen können.“

„Es würde gar nichts schaden, wenn die Graphische Presse oder der ganze Verband zum Deibel gehen würde“, wurde mir oft erklärt.

Nun kann man ja über den deutschen Verband denken wie man will, es ist aber mit solchen Reden und Wünschen nichts getan. In den meisten Fällen erweisen sich die Herren noch als Lohn-drücker und erschweren uns so die Aufrechterhaltung der Errungenschaften eines fast einjährigen Lohnkampfes; ich selbst stand 6 Monate im Streik; selbstverständlich erzeugt das anti-deutsche Stimmung oder verschärft die noch vom Kriege herrührende anti-deutsche Stimmung und ich denke, das nützt der deutschen Auswanderung verdammt wenig.“

Ein Bild, im höchsten Maße unerschöpflich. Großen M... und nichts dahinter. Und diese Kollegen nannten sich sicher organisiert und führten das große Wort. Solidarisch handeln ist sicher schwer, aber ohne dem geht es eben nicht. Mögen die Kollegen daraus die entsprechenden Lehren ziehen.

Eine neue Verordnung über die Höchstsätze in der Erwerbslosenfürsorge.

Durch Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 25. April ist ab 5. Mai eine geringere Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung in Kraft getreten. Die Höhe der Unterstützung ist zum ersten Male nach der amtlichen Einteilung Deutschlands

in drei Wirtschaftsgebiete bestimmt worden. Der Osten bildet das Wirtschaftsgebiet I, der Westen III und das übrige Reich das Wirtschaftsgebiet II. Die Unterscheidung nach 4 Ortsklassen, nach Alter, Geschlecht, Familienstand und Kinderzahl bleiben bestehen. Die neue Verordnung vom 25. April 1924 hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund des § 10 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 10. Februar 1924 (RGBl. I, S. 127) wird nach Benehmen mit dem Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung angeordnet:

1. Die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung betragen vom 5. Mai 1924 an bis auf weiteres wochentäglich

im Wirtschaftsgebiet I (Osten)
in den Orten der Ortsklassen

	A	B	C	D	U. E.
1. für männliche Personen: (Rentenpennige)					
a) über 21 Jahre	75	70	65	60	
b) unter 21 Jahren	44	41	38	35	
2. für weibliche Personen:					
a) über 21 Jahre	60	56	52	48	
b) unter 21 Jahren	34	32	30	28	
3. als Familienzuschläge für:					
a) den Ehegatten	20	19	18	17	
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	15	14	13	12	

i. Wirtschaftsgeb. II (Mitte)

1. für männliche Personen:					
a) über 21 Jahre	84	78	72	66	
b) unter 21 Jahren	50	47	44	41	
2. für weibliche Personen:					
a) über 21 Jahre	67	63	59	55	
b) unter 21 Jahren	40	37	34	31	
3. als Familienzuschläge für:					
a) den Ehegatten	22	21	20	19	
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	17	16	15	14	

i. Wirtschaftsgeb. III (West.)

1. für männliche Personen:					
a) über 21 Jahre	90	84	78	72	
b) unter 21 Jahren	54	50	46	42	
2. für weibliche Personen:					
a) über 21 Jahre	71	66	61	56	
b) unter 21 Jahren	41	38	35	32	
3. als Familienzuschläge für:					
a) den Ehegatten	23	22	21	20	
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	18	17	16	15	

2. Die Grenzen der drei Wirtschaftsgebiete fallen mit denen der drei Lohngebiete zusammen, die der Erlass des Reichsministers der Finanzen vom 27. November 1923 — I B 34.015 — (Reichsbesoldungsbl. S. 402) bei der Bemessung der Reichsarbeiterlöhne zugrundelegt.

3. Die Familienzuschläge (Nr. 3), die ein Erwerbsloser erhält, dürfen insgesamt das Andertehalfache der Hauptunterstützung (Nr. 1 und 2) nicht übersteigen.

4. Die selbständigen Unterstützungen, die mehrere in einem gemeinschaftlichen Hausstand lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen in ihrer Summe das Zweieinhalbfache der Unterstützungen nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zusteht. Der Vorstand der Familie gilt im Sinne dieser Bestimmung als ihr Mitglied.

5. Mit dem Inkrafttreten dieser Anordnung treten die Bekanntmachung über die Höchstsätze in der Erwerbslosenfürsorge vom 11. Dezember 1923 (Reichsarbeitsbl. S. 770) sowie die Anordnung über Erhöhung der Familienzuschläge und selbständigen Unterstützungen von Familienmitgliedern in der Erwerbslosenfürsorge vom 14. Februar 1924 (Reichsarbeitsbl. S. 54) außer Kraft.“

Die Arbeiterzeitung gehört ins Arbeiterheim!

Man hat das Zeitungswesen einmal eine Großmacht genannt. Daß die Zeitungen das auch sind, hat der verflossene Wahlkampf nur zu deutlich gezeigt. Und das Ergebnis der Wahl ist der Beweis dafür, daß die Zeitungen die Meinung machen. Das ist auch der Grund dafür, warum das Kapital sich so eifrig für die Zeitungen interessiert. Es gibt auch kein besseres Mittel, die öffentliche Meinung in bestimmter Weise zu beeinflussen, als durch die Tagespresse. Das hat das Kapital sehr gut begriffen, und seine Bemühungen, seine Presse ins Arbeiterhaus zu bringen, um die Hirne der Arbeiter mit kapitalistischen Gedankengängen zu erfüllen, gehen ins Riesenhafte. Das Kapital weiß eben, daß, solange die Arbeiter ihre tägliche Information aus bürgerlichen Zeitungen erhalten, sein Weizen noch immer blüht. Aber das Kapital ist der Feind der Arbeiterschaft und damit auch seine Presse und der Freund der Arbeiter ist die Arbeiterzeitung. Die Arbeiterzeitung sollte deshalb in jedem Arbeiterheim sein. Welche Bedeutung es hätte, wenn die Arbeiter begriffen, daß nur die Arbeiterzeitung ins Arbeiterheim gehört, das bringt der bekannte pazifistische Schriftsteller Norman Angell mit folgenden Worten zum Ausdruck:

„Es handelt sich (hier) nicht, eine blutige Revolution gegen die versammelten Kräfte des Kapitals auszutragen. Keine Artillerie ist erforderlich. Keine gemieteten Meuchelmörder brauchen überwältigt, keine Armeen bestiegen zu werden; keinen Blockaden soll getrotzt werden, keine Barrikaden errichtet, keine Diktatur des Proletariats proklamiert werden, wiewohl die Veränderung die geistige Diktatur der Arbeiter bedeuten würde. Ohne Blutvergießen und Leiden läßt sich hier die gewalttätige Festung des Kapitalismus, die größte Machtquelle der alten Ordnung erobern; die Mittel, vermöge welcher sie die Gedanken kontrolliert und infolgedessen die Handlungen und die Politik der Nation. Niemand braucht für diesen unermeßlichen Arbeitersieg auf den Barrikaden zu sterben; man kaufe des Morgens eine Zeitung an Stelle einer andern. Diese kleine tägliche Handlung würde den Kapitalismus der Gnade des Arbeiters ausliefern. Keine ‚Macht‘ könnte gegen den Entschluß der Arbeiter, keine kapitalistischen Zeitungen mehr zu lesen, aufkommen. Kein militärischer Zwang wäre wirkungsvoll. Seit einer oder zwei Generationen werden die Arbeiter aufgetordert, sich zu erheben und ihre Ketten abzuschütteln, sagt man ihnen, für die Revolution zu sterben bereit zu sein. Sicherlich würden Millionen ihr Leben hergeben; würden sie aber auf die Sportseite ihres vertrauten Leibblattes verzichten, um es gegen ein zunächst weniger unterhaltendes Blatt ihrer Organisation oder Genossenschaft einzutauschen?“

Hier kann die Fähigkeit der Arbeiter, sich selbst zu befreien, auf die Probe gestellt werden. Eine gewisse Schule lehrt uns ausgesetzt, daß der Kapitalist niemals kampfflos nachgeben wird. In diesem wie in vielen andern Fällen handelt es sich nicht, ihn zum Nachgeben zu zwingen, sondern den ihm zufließenden Reichtumsstrom aufzuhalten, der, würde es nicht an dem Willen der Arbeiter — oder, was auf das gleiche herauskommt, an ihrer Enthaltensamkeit — fehlen, überhaupt ihm nicht zukommen braucht. Das Problem der Ersetzung der mühsamen kapitalistischen Maschinerie durch eine neue Gesellschaftsordnung, oder die Rückgabe des Bodens an die Bevölkerung, stellt die Arbeiter vor bedeutende soziale, politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten. Was aber die Übernahme der Presse betrifft, ist die Hauptbedingung des Erfolges eine selbst für den unbegabtesten Arbeiter durchaus mögliche Handlung, die dem Volke nicht nur ‚Profite‘ tragen, sondern eine das Parlament überragende Machtquelle erschließen würde, deren Besitz die Vorbedingung jedweder wirklichen Änderung bildet. Täglich ein kleiner Beweis von Arbeiterdisziplin und das übrige läßt sich bewerkstelligen!“

„Täglich ein kleiner Beweis von Arbeiterdisziplin und das andere läßt sich bewerkstelligen“. Sehr richtig! Wie sehr dieser kleine Beweis von Arbeiterdisziplin mangelt, dafür sind die Abonnementsziffern der Arbeiterzeitungen ein sprechender Beweis. Anstatt daß die Abonnementsziffern der Arbeiterzeitungen in die Hunderttausende gehen, ist es gerade umgekehrt. Der Wille der Arbeiter, sich selbst zu befreien, ist nicht einmal so stark, daß er ausreicht, die Presse seines Klassenfeindes aus der Arbeiterwohnung zu entfernen. Solange das nicht geschieht, solange die bürgerliche Tageszeitung noch immer für einen nicht unerheblichen Teil von Arbeitern die Quelle ist, von der er seine tägliche Information bezieht, solange ist die Möglichkeit verbaut, den Kapitalismus der Gnade der Arbeiter auszuliefern. Aber so müssen die jetzt vorhandenen lebendigen Kräfte erst umgeformt werden, wenn die Bedürfnisse der breiten Masse Grundlage der Wirtschaft sein sollen. Die Voraussetzung und der Beginn dieser Machtumformung ist gegeben, wenn die Arbeiter in Masse begriffen haben, daß das Abonnement der bürgerlichen Tageszeitung durch Arbeiter das erste zu überwindende Hindernis ist. Wird der Ruf: Die Arbeiterzeitung gehört ins Arbeiterheim! von den Arbeitern in seiner ganzen Tragweite erst richtig erfaßt und dann danach gehandelt, dann ist die größte Wegstrecke zur Gemeinwirtschaft zurückgelegt.

Ins Arbeiterheim gehört die Arbeiterzeitung!

Von der Kreditkrise zur Industriekrise.

Eine selbstverständliche Folge jeden Krieges ist das Aufleben der Wirtschaft. Die während den Krieges mehr oder weniger gedrosselte Befriedigung notwendigen Bedarfes lebt sich nach Kriegsschluß aus und setzt die Produktion in eine schärfere Gangart. Daß dieses schärfere In-Gangkommen der Produktion nach dem Weltkrieg noch nicht zu verzehnen ist, ist der beste Beweis dafür, daß der Weltkrieg noch nicht liquidiert ist, d. h., daß noch keine Formel gefunden worden ist, die den ungestörten Gang der Produktion sichert und so das notwendige Vertrauen wieder herstellt. Aus dieser Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln wurde die Währungsfrage geboren, die nun auch an die Türen Frankreichs pocht. Da die Inflation sich selbst aufriß, mußte naturnotwendig die Stabilisierung der Währung folgen, die eine Kreditwährung ins unermeßliche von selbst ausschließt. Die sich nach der Stabilisierung der

deutschen Mark zeigende Kreditnot ist deshalb keinesfalls überwiegend eine Folge der Verarmung Deutschlands, sondern in der Hauptsache eine Folge der Geschäftsmethoden, die sich während der Zeit der fortschreitenden Geldentwertung eingebürgert haben.

Die fortschreitende Geldentwertung, die den in Geld investierten Besitz im Handumdrehen „verflüchtigt“, zeugt die Tatsache der „Flucht in die Sachwerte“, die in der Inflationszeit ein ungeheures Ausmaß und Tempo annahm. Um durch Geldentwertung erzeugte Verluste zu vermeiden, wurden von der Industrie gewaltige Geldmittel in Waren, Produktionsmitteln, Effekten und Devisen gebunden. Der Reichtum der Industriegesellschaften besteht deshalb heute nicht in barem Gelde, sondern in Produktionsanlagen, Aktienbeteiligungen im In- und Ausland, in Warenlagern u. a. m. Diese in feste Form übergegangenen Betriebskapitalien durch Verkauf — und wenn es sein muß mit Verlust — in einer Zeit der Kreditnot flüssig und nutzbar zu machen, sträuben sich Industrie und Handel nach Kräften. Um die Substanz zu erhalten, belagern sie die Reichsbank und den offenen Geldmarkt, zwecks Erlangung von Krediten, um die Betriebe in Gang zu halten. Da dieser Zustand auf die Dauer unhaltbar ist, versucht die Reichsbank mit Kreditbeschränkungen dem entgegen zu wirken. Natürlich großes Geschrei deshalb. Wie ungerechtfertigt dieses Geschrei ist, daß natürlich auch auf die Lohnhöhe Einfluß ausüben soll, bewies kürzlich der Präsident der Handelskammer Halle, Bankier Curt Steckner, der in einem Vortrag unter anderen folgendes ausführte:

„Das zweite wichtige Moment ist das Streben nach Substanzerhaltung in der Wirtschaft, an sich durchaus verständlich und begreiflich, in den schweren, hinter uns liegenden Zeiten der Inflation, vor allem im Sommer und Herbst vorigen Jahres. Dieses Streben führte naturgemäß dazu, möglichst so gut wie keine flüssigen Gelder zu halten, im Gegenteil jede verkaufte Substanz sofort zu ersetzen, und als uns im Spätherbst die Rentenmark beschied wurde und damit eine Stabilisierung und eine Kreditverbilligung eintrat, den Kredit bis ins äußerste auszunutzen und neue Waren hereinzunehmen oder die Fabrikation nach Möglichkeit zu erweitern, alles dies in Erwartung einer möglichst baldigen gewinnbringenden Realisierung. Diese Idee war m. E. nicht unrichtig, wenn ihr nicht zwei wichtige Punkte entgegenstanden: einmal die vorher geschilderte Unmöglichkeit, neue Kredite zu geben und die alten in voller Höhe aufrecht zu erhalten, und ein anderes Mal die gesunkene Kaufkraft aller Kreise, die in der Hauptsache auf die Verarmung des größten Teiles unseres Volkes zurückzuführen ist. Es ist m. E. immer noch nicht genug überall die Wahrheit durchgedrungen, daß nur den allerwenigsten Volksgenossen noch möglich ist, ihren standard of life (Lebenshaltung) der Vorkriegszeit aufrecht zu erhalten. Im Gegensatz dazu glaubt aber jeder Kaufmann und jeder Industrielle, seinen Betrieb nicht nur auf dem früheren Niveau halten zu können, sondern versucht, ihn zu vergrößern, ein Bestreben, das selbstverständlich zu begrüßen ist, nur muß man jetzt fragen: „Kannst du dies auch mit eigenen Mitteln oder bedarfst du des Kredits?“ Denn die Bankwelt ist nicht in der Lage, in ausreichender Weise zu helfen. Diese Maßnahmen der meisten Kreise der Industrie und des Groß- und Kleinhandels haben m. E. zu einer Überfüllung der Läger geführt, die in einem Mißverhältnis zu der langsam, aber sicher

fortschreitenden Verringerung der Kaufkraft unseres Volkes steht, über deren Ursache ich hier wohl nicht viele Worte zu verlieren habe.

Es wird sich nun fragen, welche Maßnahmen zur Behebung der Kreditnot ergriffen werden können. Am besten und schnellsten würde uns ja geholfen werden können, wenn uns das Ausland mit einer großen, billigen, langfristigen Anleihe unter die Arme greifen würde. Diese Anleihe ist ja vorgesehen, hängt aber von dem Abschluß des Reparationsplanes ab, worüber wohl noch einige Zeit verstreichen wird. Der andere m. E. einzige Weg ist der, eine Verflüssigung der Sachwertanlagen oder Waren möglichst bald vorzunehmen. Da bei der geringen Aufnahmefähigkeit des heimischen Marktes nur mit einem verhältnismäßig geringen erhöhten Absatz zu rechnen ist, müßte versucht werden, selbst zu verlustbringenden Preisen zu exportieren, was möglich ist, denn, meine Herren, jede Konservierung von Beständen kostet heute bei wenigen Monaten schon so viel Zinsen, daß sich jeder Kaufmann und Industrielle im klaren sein wird, daß er recht tut zu exportieren.“

Das Streben, die „Sachwerte“ festzuhalten und mit Hilfe von Krediten die Betriebe in Gang zu halten, erklärt es bei den hohen Zinsen für Betriebskapital, die natürlich den Preis der Waren beeinflussen, warum so mancher Betrieb nicht mehr rentabel ist. Diese Unrentabilität soll durch weitere Bedrückung der Arbeiter ausgeglichen werden, um die durch eigene Schuld und mit Willen hohen Preise zu halten. Längere Arbeitszeit und niedrige Löhne für die Arbeiter sollen das Manko decken.

Da die Arbeiter gar keine Veranlassung haben, infolge des volkswirtschaftsfeindlichen Verhaltens der Industrie für sie den Prügelnaben zu spielen, sondern sich mit aller Kraft gegen kulturwidrige Arbeitszeit und Hungerlöhne wehren, wandelt sich die durch die Unternehmerrliebe zum Sachbesitz riesig verschärfte Kreditkrise zu einer Industriekrise um. Die vielfach verlangte Geschäftsaufsicht ist ein deutlicher Beweis dafür, daß sich die Kreditkrise gegen den Willen der Industriegewaltigen zu einer Industriekrise umgewandelt hat. Ist auch die bisherige Handhabung der Geschäftsaufsichtsverordnung zu einem Mittel geworden, wirtschaftlich schwache Unternehmungen lange Zeit mit staatlichem Schutz gegenüber ihren Gläubigern über Wasser halten zu können, auch dann, wenn sie infolge falscher geschäftlicher Dispositionen auf die Dauer zahlungsunfähig bleiben, so mehrten sich doch die Stimmen, die eine Einschränkung der Geschäftsaufsicht und ihre Reform verlangen, weil eben so die Geschäftsunsicherheit ins Unermeßliche wächst. Aber noch mehr als die verlangten und gewährten Geschäftsaufsichten sind die Schwierigkeiten der Becker A.-G. und der Mansfeld A.-G. Beweis dafür, daß sich die Kreditkrise in eine Industriekrise umgewandelt hat und ihre Opfer fordert. Wenn der bekannte Großindustrielle Dr. Guggenheimer bei einer Tagung der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft sagte, daß durch die jetzt bestehende Pflicht der Industrie, Steuern auf Heller und Pfennig zu bezahlen, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt durch die dadurch bedingten hohen Risikoprämien außerordentlich erschwert sei, so betont er auch nur, daß die Industrie von den durch die Inflation aufgekommenen und für sie sehr natürlichen Methoden nicht abgehen will. Aber die sehr anschaulich wirkende zur Industriekrise umgewandelte Kreditkrise wird mit ihrer Wucht allen

Schein abtöten und Notwendiges erzwingen. Auch in diesem Prozeß wird leider die Arbeitercharaktere einen nicht unerheblichen Teil der Kosten zu tragen haben.

Was hat der Betriebsrat zu tun?

Augenblicklich ganz sicher mit Argusaugen darüber zu wachen, daß die Betriebsräte in Praxis nicht abgebaut werden! Der Ansturm der Unternehmer gegen alle Arbeiterrechte infolge einer eigenartigen Wirtschaftslage, die noch durch die Kreditnot zu Ungunsten der Arbeiter verschärft und durch die reaktionär-politische Welle gestützt wird bedingt das. Die Betriebsräte sind ohne Zweifel den Unternehmern aller Richtungen und Schattierungen ein Dorn im Auge. Mit allen Mitteln wird deshalb von ihnen darauf hingearbeitet, die Betriebsräte dahin zu bringen, auf gewisse Rechte und Pflichten freiwillig zu verzichten.

Dem muß entschieden entgegengetreten und Bedacht darauf genommen werden, daß auch nicht ein Quäntchen vom Recht der Betriebsräte abgegeben wird. Soll dem Streben der Unternehmer, die Betriebsräte der Wahrnehmung ihrer Rechte und Erfüllung ihrer Pflichten abzudrängen, ein Damm gesetzt werden, dann muß die große Masse der Betriebsräte begreifen, daß allein korrektes Verhalten geschicktes Anwenden und Ausnutzen aller gesetzlichen Bestimmungen einen sichern Wall gegen die Unternehmerbestrebungen darstellen. Besonders in den kleineren und mittleren Betrieben mangelt diese Erkenntnis sehr, und es ist nicht selten in diesen Betrieben anzutreffen, daß Arbeiter und Unternehmer sich nicht in den großen Gesetzbüchern auskennen. Hier will die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale der Berliner Gewerkschaftskommission und das Ortskartell Berlin des AJA-Bundes mit einer Broschüre: „Was hat der Betriebsrat zu tun“ helfend zur Seite stehen. Die Broschüre will keinen Ersatz eines ausführlichen Kommentars darstellen. Sie ist herausgegeben worden, um den in der Praxis der Rechtsberatung der Betriebsräte gemachten Erfahrungen insoweit Rechnung zu tragen, als sie, im Sinne von Anleitungen für „erste Hilfe“, den Betriebsräten Ratschläge gibt für die Behandlung der hauptsächlichsten Fragen, die sich sowohl aus dem Wahlverfahren als auch aus dem Einspruchsverfahren ergeben. Die Schrift dürfte, wie schon gesagt, weniger für die Betriebsräte großer Betriebe, als vielmehr für diejenigen von Klein- und Mittelbetrieben von Bedeutung sein. In Großbetrieben dürften die Betriebsräte, schon infolge ihrer sehr schwierigen Position gegenüber den Sincidi der Gesellschaften und Unternehmerverbände, imstande sein, mit den großen Kommentaren umzugehen. Anders in kleineren und gelegentlich auch in mittleren Betrieben, wo sehr oft nicht einmal die Arbeitgeber genügend Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen, um sich der Vorschriften des BRG entsprechend zu bewegen. Hier bedürfen die aus ihrer Praxis heraus nur wenig geschulten Betriebsvertretungsmitglieder einer Hilfe. Zum Zwecke der größeren Übersichtlichkeit ist die Broschüre nach Sachgebieten (Wahlverfahren, Einspruchsverfahren, Ausübung der wirtschaftlichen Mitwirkung und Schutzvorschriften) gegliedert. Sie enthält im Anhang außerdem noch Muster von Wahlausschreiben und Klageentwürfen, so daß sie als ein gutes Hilfsmittel der Betriebsräten zur Anschaffung nur bestens empfohlen werden kann.

Suche sofort:

**Schwarzätzer
Retuscheure
Drucker (im Fräsen bewandert)
Kopierer
Xylographen (technisch)
Reklamezeichner (figürlich tüchtig)**

Eilangebot mit Gehaltsansprüchen und Altersangabe erbeten an

Ludwig Kriegbaum, Nürnberg

Maxfeldstrasse 34.

Galvanoplastiker

in allen Arbeiten erfahren, nicht unter 22 Jahren,
unverheiratet, sucht sofort

Rheinische Klischeefabrik, G. m. b. H., Köln.

Ersten Photographen

tüchtig in Farbauszügen und Autotypie, suchen

Adolf Klauß & Co., Leipzig, Kreuzstr. 7.

Merkantil-Lithograph

für Schrift und kleine Zeichnungen (Etiketten) gesucht Offerten und Ein-
sendung von Mustern nebst Ang. d. Gehaltsanspr. erbeten an

Zander & Co., Erfurt.

Tüchtiger Lithograph

für Gravur und Feder, für hiesigen Platz in gutbezahlte Dauerstellung gesucht.
Auskunfterteiler **O Springer, Freiburg i. B., Sautierstr. 47**

Suchen zum sofortigen Eintritt:
1 Nachschneider

(zugleich Fräser),

1 Farbätzer

(Fertigmacher).

Angebote mit Gehaltsansprüchen erbeten

Gebrüder Dietrich, Leipzig-R.
Josephinenstraße 9.

Umdrucker

für sofort gesucht. Solcher, der schon auf Blech-
druck gearbeitet hat, bevorzugt.

Gebr. Koppe, A.-G., Berlin-Lichtenberg.

Mehrere tüchtige

Messingstecher

auch solche die in Holzarbeiten bewandert sind,
stellt durch den Arbeitsnachweis ein

August Saalfeld, Einbeck.